

Rede

Kiel, 16.09.2009

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: landtag@ssw.de

Dringlichkeit: Zur Situation von HDW in Kiel

Bereits Anfang des Jahres haben wir hier im Landtag die Situation der Werften in Schleswig-Holstein debattiert. Der Schiffbau als Indikator für die Wirtschaftskrise, macht deutlich, wie ernst die Lage ist. Vor allem im Bereich der zivilen Schifffahrt brechen die Aufträge für Container- und Frachtschiffe massiv weg. Dies bekommen wir bereits seit längerem zu spüren. Wenn wir nun aus den Medien erfahren, dass ThyssenKrupp einen Teilverkauf von HDW plant, ist dies in diesem Zusammenhang zu sehen. Das macht die Situation aber nicht besser.

Der geplante Ausstieg aus dem zivilen Schiffbau bis zum Ende des Jahres, würde für HDW bedeuten, dass man sich aus einem alten traditionellen Bereich raus zieht. Erst in der letzten Woche wurde bekannt, dass ThyssenKrupp den Verkauf der Nordseewerke in Emden plant.

Auch wenn der U-Bootbau sowie die Docks der Kieler Werft vom Verkauf unberührt bleiben und wenn ThyssenKrupp sich zukünftig auf den Bau größerer Marine- und Spezialschiffe konzentrieren will, ist klar, dass eine solche Entscheidung Arbeitsplätze kosten wird.

Bereits angekündigt wurde, dass nur ein Teil der 400 Mitarbeiter der HDW-Gaarden übernommen wird.

Diese Nachrichten kommen einem Schicksalsschlag gleich – und betroffen ist nicht nur die Landeshauptstadt, sondern Schleswig-Holstein insgesamt und auch der Werftenstandort Deutschland.

Die Entscheidung von ThyssenKrupp hat aber auch eine hohe Symbolkraft für die allgemeine Situation im Schiffbau. Denn aus schleswig-holsteinischer



Sicht ist sie leider nur der vorläufige Höhepunkt in der Krise der europäischen und deutschen Werften. Wenn man bedenkt, dass noch Anfang der 70'er Jahre 10.000 Mitarbeiter bei der HDW in Kiel beschäftigt waren, sieht man das ganze Ausmaß der Entwicklung im deutschen Schiffbau in den letzten 40 Jahren.

Gerade vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise, ist die Entscheidung der ThyssenKrupp ein schwerer Schlag für die Betroffenen und deren Familien. Aber auch für die Zulieferer in der Region wird eine solche Entscheidung negative Konsequenzen haben.

Wir alle kennen die Ursachen dieser Krise und angesichts der weltweiten Überkapazitäten im Seeverkehr verstärkt sich die Situation. Aber auch die asiatische Billig-Konkurrenz im zivilen Schiffbau trägt ihres dazu bei und macht den deutschen und europäischen Werften den Garaus.

Eine Abwrackprämie für Schiffe zu fordern, wie es der Generalsekretär des Europäischen Werftenverbandes getan hat, erteilen wir jedoch eine Absage. Aus Sicht des SSW ist dies kein Instrument das nachhaltig hilft. Sie wirkt nur kurzfristig und schlägt wie ein Bumerang zurück.

Rund 1/3 der in Europa verkehrenden Fähren ist älter als 30 Jahre. Soll heißen, sie fahren mit veralteten Technologien und sind weit entfernt von modernen Umweltstandards. Damit sind sie ein Fall für die neue Europäische Seeverkehrsstrategie, die unter anderem eine Verbesserung der Umweltstandards und Richtlinien im gesamten Seeverkehr vorsieht. Derartige Maßnahmen erfordern eine entsprechende moderne Flotte. Das sind Maßnahmen, die nachhaltig wirken und wirtschaftliche Effekte auslösen. Dies wirkt jedoch nicht sofort. Erst in ein paar Jahren wird man die Effekte zu spüren bekommen.

Wir müssen aber Wege finden, wie die Auflösung des zivilen Schiffbaus bei HDW verhindert werden kann. HDW muss auch in Zukunft eine Universalwerft bleiben, die sowohl im zivilen Schiffbau wie auch im Marine-Schiffbau tätig ist. Das bewirkt, dass die Belegschaft flexibel einsetzbar ist. Solange jedoch keine konkreten Lösungen gefunden sind, fordern wir die Landesregierung auf, auf die ThyssenKrupp einzuwirken die Planungen zu überdenken und alles in ihrer Macht stehende zu tun, um so viele Arbeitsplätze wie nur irgend möglich bei der HDW und ihren Zulieferfirmen zu erhalten.

Und wir fordern ThyssenKrupp dazu auf, gemeinsam mit dem Betriebsrat und der IG Metall arbeitsplatzerhaltende Maßnahmen zu ergreifen, damit alle Beschäftigten, über den vom Konzern anberaumten Termin hinaus ihre Arbeitsplätze erhalten.

